

# EUROPÄISCHES PARLAMENT



**Christa Klaß**

**Aus der Mitte des Europäischen Parlaments**

Brüssel, 22. Juli 2009

## **Kein Obst für deutsche Schulkinder**

Mit Unverständnis reagierte die CDU-Europaabgeordnete der Region Trier, Christa Klaß, auf die Entscheidung des Bundesrats, das geplante Programm zur kostenlosen Verteilung von Obst an deutschen Schulen zu stoppen und den Vermittlungsausschuss anzurufen.

Das Europaparlament und die EU-Agrarminister hatten Ende letzten Jahres ein Schulobstprogramm in Höhe von jährlich 90 Millionen Euro beschlossen. Die für Deutschland vorgesehenen 20,8 Millionen Euro müssen mit knapp 20 Millionen Euro kofinanziert werden. Die Bundesländer bestreiten ihre Zuständigkeit mit der Begründung, dass es sich hier um eine Maßnahme handele, die den Absatz landwirtschaftlicher Produkte fördere und dadurch in die Zuständigkeit des Bundes fiele. "Es ist nicht nachvollziehbar, dass die zur Verfügung stehenden 20 Millionen Euro eventuell verfallen nur weil sich Bund und Länder hier gegenseitig den Schwarzen Peter zuschieben", so Klaß.

Von April bis jetzt zu den Sommerferien seien in einer Testphase bereits an 18 Schulen in Ludwigshafen, Mannheim und Neustadt a. d. W. kostenlos Obst und Gemüse an 9.000 Schüler verteilt worden, finanziert durch den Bund. Das Projekt sei mit seinen Begleitmaßnahmen wie Projektunterricht und informative Flyer ein großartiger Erfolg und von den Schülerinnen und Schülern sehr gut angenommen worden. Der Stopp des Programms gelte jedoch für alle Bundesländer, auch für diejenigen, die gewillt seien, die Mittel aufzubringen.

Es sei eine Schande, die Chance, Kindern eine gesündere Ernährung zu ermöglichen und gleichzeitig die Landwirtschaft zu stärken, nicht zu nutzen, so die Abgeordnete. Durch den regelmäßigen Verzehr von Obst und Gemüse könne das Risiko für zahlreiche Erkrankungen gesenkt und der Gefahr von Übergewicht und Fettleibigkeit vorgebeugt werden. Ernährungsgewohnheiten würden in der Kindheit geprägt und Kinder, die stets viel Obst und Gemüse zu sich genommen hätten, behielten dieses Essverhalten auch im Erwachsenenalter bei.

"Wir dürfen hier nicht an der Gesundheit unserer Kinder sparen", betonte die Abgeordnete. Die Kofinanzierung müsse schnellstmöglich geklärt und die Fördermöglichkeit der EU angenommen werden.